

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Klaus Kirschner MdB zu den Erfordernissen der Gesundheitspolitik: Die Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

Seite 1

Zu den Scheinaktivitäten der Bundesregierung im Verwaltungsbereich: Entbürokratisierung als Alibi.

Seite 3

Zur Notwendigkeit eines Programms zur Rettung des tropischen Regenwaldes: Ein Ökozid, der uns die Luft zum Atmen nehmen kann.

Seite 4

Dokumentation:

Heinz Putzrath, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) und Präsidiumsmitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, ob Deutsche das Recht haben, das Vorgehen Israels in den besetzten Gebieten zu kritisieren. Seine Ausführungen auf

Seite 6

43. Jahrgang / 56

22. März 1988

Die Lebensbedingungen der Menschen verbessern

Gesundheitspolitik darf sich nicht in der Intensivierung des Versorgungssystems erschöpfen

Von Klaus Kirschner MdB

Vorsitzender der Enquete-Kommission „Strukturreform der Gesetzlichen Krankenversicherung“

Die Gesundheitsberichterstattung in Schweden und England, die, im Gegensatz zur Bundesrepublik auf gesichertem Datenmaterial fußt, zeigt deutliche Ungleichheiten der Bevölkerung vor Krankheit und Tod. Dies muß grundsätzlich auch für die bundesdeutsche Bevölkerung angenommen werden, auch wenn dazu repräsentative Daten nicht vorliegen.

Daß wir in der Bundesrepublik Deutschland im Wissen über Ursachen von Krankheiten und die Lebenserwartung der einzelnen Bevölkerungsschichten und -gruppen weit hinter vergleichbaren Ländern wie England und Schweden hinterherhinken, hat einmal mehr die öffentliche Anhörung der Enquete-Kommission „Strukturreform der Gesetzlichen Krankenversicherung“ verdeutlicht, die zum Stand der Gesundheitsberichterstattung in Großbritannien und Schweden renommierte Wissenschaftler aus diesen Ländern anhörte, um sich über den Stand und die Ergebnisse der Gesundheitsberichterstattung sowie der epidemiologischen Forschung zu informieren. Beide Länder gelten auf diesen Gebieten als international führend. Sie verfügen allerdings auch über ein hochentwickeltes System der Gesundheitsberichterstattung. Die dort vorhandenen Datensysteme erlauben die Verbindung von Längsschnitt- und Querschnittsdaten, so daß sehr detaillierte Aussagen über den Gesundheitszustand einzelner Bevölkerungsgruppen, einzelner Personen, bezogen auf deren Lebensverhältnisse und Berufszugehörigkeit, möglich sind. Zielrichtung und Schwerpunkt der im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung erhobenen Daten liegen auf der Feststellung sozialer und regionaler Unterversorgung im Gesundheitswesen, schichtenspezifischer Ungleichheiten vor Krankheit und Tod sowie der Einflüsse von Arbeitsbedingungen und Umwelt auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung.

Deutlich wurde, daß die Chancen, Krankheiten physisch, psychisch und sozial zu bewältigen, ebenso ungleich verteilt sind, wie das

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verleger: Claus
Rudolf Schwinn
Recycling-Papier



Risiko zu erkranken und vorzeitig zu sterben. Beides ist abhängig von der gruppen- und schichten-spezifischen Zugehörigkeit. Diese Ungleichheit gilt auch für die arbeitsplatz- und wohnumfeldabhängigen Gesundheitsbelastungen und wie den Risiken individuell begegnet wird.

Was für die Bundesrepublik - wenn auch mit einiger Berechtigung - mangels geeigneter Datenlage allenfalls vermutet werden kann, von interessierten Kreisen unter Hinweis auf fehlende Beweise aber hartnäckig bestritten wird, konnte in Großbritannien und Schweden eindeutig belegt werden: Auch in hochentwickelten Industrieländern sind Morbidität (Krankheit) und Mortalität (Sterblichkeit) in Abhängigkeit von der sozialen Stellung höchst unterschiedlich. Zwar hat sich die Lebenserwartung in den letzten Jahrzehnten in allen sozialen Schichten deutlich erhöht, der Abstand zwischen oberer und unterer sozialer Schicht ist jedoch dabei nahezu konstant geblieben.

So belegen beispielsweise Untersuchungsergebnisse aus England aus dem Jahre 1978, daß von solchen Personen, die der Berufsgruppe Professoren, Leitende Angestellte oder ähnlicher Berufe zuzuordnen sind, bis zum 65. Lebensjahr 22,5 Prozent verstorben sind, während bei den ungelerten Arbeitern das Sterblichkeitsrisiko um 50 Prozent höher liegt: 35,7 Prozent sind vor Erreichen dieses Lebensalters bereits verstorben. Das heißt die durchschnittliche Lebenserwartung hängt entscheidend vom sozialen Milieu ab. So hat ein Kind, das der ersten sozialen Gruppe zuzuordnen ist, mit 15 Jahren noch eine durchschnittliche Lebenserwartung von 57,2 Jahren vor sich, während ein Hilfsarbeiter im statistischen Mittel nur noch eine solche von 53,5 Jahren vor sich hat, also 3,7 Lebensjahre im Schnitt weniger.

Eine Untersuchung aus Frankreich, die die Lebenserwartung von Männern nach ihrem sozialen Status zwischen 1975 und 1980 festzustellen versuchte, offenbarte noch krassere Unterschiede der Sterblichkeit. Danach beträgt die Wahrscheinlichkeit, zwischen dem 35. und dem 60. Lebensjahr zu sterben, bei Angehörigen der oberen sozialen Schicht (Professoren, Führungskräften und Angehörigen freier Berufe) 9,1 Prozent, während bei ungelerten Arbeitern die Übersterblichkeit fast dreimal so hoch ist: 25,3 Prozent von ihnen sterben in diesem Lebensalterabschnitt. Ausgedrückt in Lebensjahren: Ein Professor hat im Alter von 35 Jahren noch eine durchschnittliche Lebenserwartung von 43,2 Jahren vor sich und lebt damit fast neun Jahre länger als ein gleichaltriger, ungelerner Arbeiter, der nur noch 34,3 Lebensjahre vor sich hat.

Für die Bundesrepublik Deutschland liefern die Statistiken der Rentenversicherungsträger und das Statistische Jahrbuch einige Anhaltspunkte zu dieser Problematik. So hat bei den Männern ein 55jähriger BU/EU-Rentner eine um fünf Jahre verkürzte Lebenserwartung (70,8 Jahre) gegenüber dem Durchschnitt der männlichen Bevölkerung (75,6 Jahre). Bei den Frauen beträgt diese Verkürzung drei Jahre. Bei den jüngeren Erwerbsunfähigen wird der Abstand noch größer: Ein 40jähriger BU/EU-Rentner hat eine um 15 Jahre verkürzte Lebensdauer gegenüber der Gesamtbevölkerung zu erwarten.

Ein weiteres Indiz belegt diese Schlußfolgerungen über soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod. So erhalten wesentlich weniger Angestellte bei gleichem Lebensalter Frühinvaliditätsrenten als Arbeiter: In der Arbeiterrentenversicherung sind im Alter von 54 Jahren bereits 20 Prozent der Männer BU/EU-Rentner, bei den Angestellten dagegen nur circa fünf Prozent. Oder: Von den Rentneuzugängen des Jahres 1986 waren bei den Männern in der Arbeiterrentenversicherung 44,3 Prozent BU/EU-Renten, in der Angestelltenversicherung nur 25,7 Prozent.

Ebenfalls längst nicht mehr nur noch Vermutung ist nach britischen und schwedischen Erkenntnissen, die auch in der Bundesrepublik vielfach geäußerte These, daß Arbeitslosigkeit zu erheblichen Gesundheitsbeeinträchtigungen führt.

Fazit: Eine Erhöhung des Gesundheitszustandes und damit der Lebensqualität weiter Bevölkerungskreise kann weniger durch eine Intensivierung medizinischer Versorgungssysteme erreicht werden, als vielmehr durch unterschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen. Das heißt eine Gesundheitspolitik muß bei der Krankheitsverhütung ansetzen. Dafür müssen aber auch die notwendigen Daten anonymisiert zur Verfügung stehen.

(-/22.3.1988/vo-he/rs)

* * *

Entbürokratisierung als Alibi

Zu den Scheinaktivitäten der Bundesregierung im Verwaltungsbereich

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die Bundesregierung redet seit fünf Jahren von Entbürokratisierung und Vereinfachung. Ein tatsächliches Handeln ist jedoch kaum festzustellen. Es bewegt sich auf der üblichen Ebene symbolischer Maßnahmen - da wurde eine Kommission eingesetzt, in manchen Ministerien neue Referate gegründet und Arbeitsgruppen installiert. Das Ergebnis waren neue „Prüffragen“ und neue Richtlinien, die die Verwaltungen zu beachten haben und vor allem aber - Berichte und Dokumentationen. Es gibt mittlerweile einen umfangreichen ersten „Bericht zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung“, eine noch dickere Zwischenbilanz zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung und einen zweiten Bericht zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung.

In allen diesen Berichten und Broschüren werden immer wieder die gleichen Vorhaben dargestellt und die gleichen Prüffragen und Leitlinien, wenn es sein muß, auch mehrsprachig, abgedruckt. Das alles hat nicht dazu beigetragen, die Zahl der Gesetze, die vorgelegt wurden zu verringern, sie einfacher zu machen und die EG nicht davon abbringen können, übernationale und nationale Bürokratien weiter mit der europäischen Vereinheitlichung der Schallemissionen von Rasenmähern zu beschäftigen. Die Zahl der beamteten und parlamentarischen Staatssekretäre und der Staatsminister in der Bundesregierung und damit der für sie zu betreibende Aufwand haben Rekordhöhen erreicht.

Die Bürokratie wird vermehrt und es wird weiter von Panne zu Panne gewurstelt. Nach einem Gutachten des Bundesrechnungshofes sind innerhalb der Bundesregierung nicht einmal die Organisationsreferate der Ministerien vernünftig organisiert - wie denn erst der ganze Laden?

Ein einziger Erfolg scheint bisher gegeben: Die Scheinaktivitäten und das populistische Gerede darüber haben ein äußerst unangenehmes Thema von der Bundesregierung einigermaßen ferngehalten. Diese Strategie dürfte nicht mehr lange halten. Immer mehr setzt sich durch, daß die Entbürokratisierungspolitik der Bundesregierung ist, was der Vorsitzende des bayerischen Städtetages kürzlich dazu gesagt hat: „Ein Schmarren.“

(-/22.3.1988/vo-he/rs)

* * *

Ein Ökozid, der uns die Luft zum Atmen nehmen kann

Zum Erfordernis eines Programms zur Rettung der tropischen Regenwälder

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Während bei uns die letzten Waldbestände unter dem sauren Regen verkümmern, vollzieht sich in den subtropischen Gebieten der Erde ein Ökozid, der uns bald allen die Luft zum Atmen nehmen könnte. 40 Prozent des tropischen Urwaldes sind bereits vernichtet. Wenn die Abholung im jetzigen Tempo weitergeht, wird in 20 bis 30 Jahren der Regenwald aus einigen Ländern ganz verschwunden sein. Mit dem Wald verschwindet auch eine unermessliche Zahl von Pflanzen- und Tierarten, unsere „genetische Grundausstattung“. Fast die Hälfte aller Arten kommen im tropischen Urwald vor, und zwar nur dort. Wenn es zu einer gänzlichen Zerstörung dieser Wälder kommt, wird es Jahrtausende dauern, bis der Verlust an genetischem Material wieder ausgeglichen wird.

Die beängstigende Umweltzerstörung in der Dritten Welt hat komplexe Ursachen. Sie liegen vor allem in dem bedingungslosen Zwang, Devisen für den Schuldendienst zu erwirtschaften. Sie liegen auch in technischen Mängeln, wie zum Beispiel dann, wenn keine anderen Energiequellen als Brennholz vorhanden sind. Sie liegen nicht zuletzt auch in unseren Konsumgewohnheiten.

Die Holzindustrie ist für viele Entwicklungsländer eine wichtige Deviseneinnahmequelle. Den Philippinen zum Beispiel bringt der Holzexport circa 350 Millionen Dollar im Jahr. Auf den Philippinen sind die Waldbestände innerhalb der letzten 44 Jahre auf die Hälfte dezimiert worden.

Seit 1950, als die Vermarktung der tropischen Harthölzer im großen Stil anlief, haben sich die Importe in die Industrieländer versechzehnfacht. Die Tendenz ist bei zunehmender Nachfrage steigend. Wichtigste Abnehmer sind Japan, Europa und die USA.

Ein anderer Grund für das Abholzen des Urwaldes ist seine Nutzung für Viehweiden. In Costa Rica ist zum Beispiel die Waldfläche auf die Hälfte geschrumpft, während sich die Weidefläche verdoppelt hat. Das Billigfleisch für die nordamerikanische Fast-Food-Industrie zählt zu den wichtigsten Exportgütern des Landes. So weicht jahrtausendealter Baumbestand unwiderruflich den Big Macs und Hamburgern, die sich auf der ganzen Welt zunehmender Nachfrage erfreuen.

Ursachen sind auch große Entwicklungsprojekte, die sich im Nachhinein als umweltschädigend herausstellen, wie zum Beispiel der Assuan-Staudamm in Ägypten. Vor dem Bau lieferte der Nil mit seinen Ablagerungen natürlichen Dünger. Heute stauen sich die Sedimente am Seegrund, und die Bauern müssen künstlichen Dünger kaufen, während gleichzeitig der Boden unaufhörlich versalzt.

Die biologische Schatzkammer tropischer Regenwälder darf nicht länger geplündert werden. Deshalb muß die Bundesregierung endlich ein Programm zur Rettung der tropischen Regenwälder vorlegen, mit dem sie die Ernsthaftigkeit eines eigenständigen Beitrages verdeutlicht. Dabei sollten vor allem folgende Forderungen berücksichtigt werden:

1. Wir in den Industrieländern müssen anders leben, damit tropische Regenwälder überleben können. So sollten zum Beispiel die Verbraucher und die Möbelindustrie auf bestimmte tropische Edelhölzer verzichten. Gegebenenfalls ist in der Bundesrepublik und auf EG-Ebene eine gesetzliche Einfuhrbeschränkung beziehungsweise ein Einfuhrstopp durchzusetzen.
2. In den Tropenwaldgürteln darf es zukünftig nicht mehr Energie- und industrielle Großprojekte geben, die - womöglich noch mit Entwicklungshilfe-Geldern gefördert - zu irreparablen Ökoschäden führen. Entwicklungsländer sind bei umwelt- und sozialverträglichen Alternativ-Projekten besonders zu unterstützen.
3. Die Bundesregierung darf keine Entwicklungshilfeprojekte und -programme mehr fördern, die den Regenwald zerstören. Sie muß statt dessen in einem viel größeren Umfang als bisher selbst und über multilaterale Stellen, wie die Weltbank, Programme zur Erhaltung der tropischen Regenwälder und Wiederaufforstung durchführen.
4. Da Armut in der Dritten Welt eine wesentliche Ursache für die Abholzung von Wäldern ist, müssen Entwicklungs- und Industrieländer die Armutsbekämpfung in das Zentrum der Entwicklungsanstrengungen stellen. Die „Option für die Armen“ darf in der Praxis nicht zu einer Floskel verkümmern, die die Regierenden immer gerne dann benutzen, wenn sie mit Vertretern der Kirchen über die Ziele der Entwicklungspolitik konferieren. Nicht Berücksichtigung der Profitinteressen der deutschen Exportindustrie bei der Entwicklungshilfe, sondern Berücksichtigung der Überlebensinteressen der großen Bevölkerungsmehrheiten - das hat das Leitmotiv der Entwicklungszusammenarbeit zu sein.
5. Wegen des Zusammenhangs zwischen Verschuldung und Raubbau an der Natur ist endlich von der Bundesregierung eine Initiative in Richtung auf eine nach vorne weisende Entschärfung der Verschuldensbombe in der Dritten Welt zu ergreifen. Dazu sollte auch die Möglichkeit gehören, Schulden fallweise jenen Ländern - zumindest teilweise - zu erlassen, die sich im Gegenzug zum Schutz der Regenwälder und insgesamt der natürlichen Ressourcen verpflichten.

Im übrigen beginnt eine glaubwürdige Politik zur Vermeidung des Ökozids immer zuhause. Deshalb muß die Bundesrepublik mit besserem Beispiel zur Rettung des eigenen Waldes und zum ökologischen Umbau der Industrie- und Konsumgesellschaft vorangehen.

(-/22.3.1988/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Heinz Putzrath: Dürfen Deutsche Israels Vorgehen kritisieren?

Heinz Putzrath, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) und Präsidiumsmitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, ob Deutsche das Recht haben, das Vorgehen Israels in den besetzten Gebieten zu kritisieren. Im Rahmen der Eröffnung eines Konzerts mit jüdischen Liedern, das von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Bonn veranstaltet wurde, machte Putzrath dieser Tage die nachfolgend wiedergegebenen Ausführungen.

40 Jahre sind eine kurze Spanne in der Geschichte eines Staates. Daß Israel überlebt hat, ist ein Grund zur Freude, denn es mußte sich von Anfang an gegen äußere Feinde zur Wehr setzen. Die Sympathie der Welt hat Israel dabei unterstützt, seine Existenz zu behaupten und allen Juden, die es wollen, eine Heimstatt zu sichern.

Es wäre aber Heuchelei, wollten wir dabei unterschlagen, daß sich in die Feiern des Geburtstages heute auch Besorgnis und Trauer mischen.

Nach dem, was im Namen des deutschen Volkes an Verbrechen begangen wurde, Eroberung, Haft, Zwangsarbeit, Folter und Mord an Andersdenkenden, an Kranken, an rassischen Minderheiten und vor allem an dem geplanten Völkermord an den Juden, ist die Frage legitim, ob wir Deutsche das Recht haben, zu den Methoden Stellung zu nehmen, die das israelische Militär heute gegen diejenigen anwendet, die nach 20 Jahren Besetzung aufbegehren.

Ich glaube, daß wir aus der eigenen Erfahrung unserer Vergangenheit lernen sollten, daß wer schweigt, sich mitschuldig macht. Daher war es tröstlich zu sehen und zu hören, wie der Deutsche Bundestag jüngst in ungewohnter Einmütigkeit und großem Ernst auf die Menschenrechte verwiesen hat. Menschenrechte sind unteilbar. Sie gelten daher auch für alle, für die ein Staat Verantwortung trägt.

Das Problem, mit dem Israel heute konfrontiert ist, geht über frühere Konflikte hinaus. Die jetzigen Auseinandersetzungen gehen nicht um die äußere Sicherheit Israels, sondern um die Frage, wie Israel in Zukunft mit einer palästinensischen Minderheit und mit seinen arabischen Nachbarn in Frieden leben kann. Militärische Gewalt kann dieses Problem nicht lösen und so wünschen wir Israel, einen politischen Weg zu finden, der sein Existenzrecht in gesicherten Grenzen ebenso garantiert wie das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, in welcher Form auch immer.

Trotz jahrhundertelanger Verfolgung ist es niemandem gelungen, Millionen von Juden, die hauptsächlich seit der Aufklärung in Osteuropa angesiedelt waren, ihrer Kultur, ihrer Sprache und ihrer Religion zu berauben. Weder die Sprache der Thora - Hebräisch - noch die Umgangssprache Jiddisch, ist im Laufe der Diaspora verloren gegangen. Sie bleiben das Band, das sie zusammenhielt. Oft als Sprache totgesagt, gibt es heute wieder jiddische Zeitungen, jiddisches Theater und jiddisches Liedgut.

Wir freuen uns, daß es deutsche Nichtjuden sind, die sich in den letzten Jahren gerade diesem Aspekt jüdischer Kultur gewidmet haben. Dazu gehört ungeheures Einfühlungsvermögen, Sympathie zu Inhalt und Ausdrucksform, um die unverkennbare Spannbreite jiddischer Musik zwischen Melancholie und Fröhlichkeit, zwischen Trauer und Hoffnung deutlich zu machen. (-/22.3.1988/vo-he/rs)

* * *